

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., anfalls Abstellungsbefreiungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Sociale Zeitung“ eingetragen.

Es unterliegt eingehende Manuskripte für keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe: „Sociale-Ze.“ gestattet.

Verleger: Dr. Robert R. 1140; Dr. Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Sociale-Zeitung.

Sechszehnter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Wg. für die Zeile mit 20 Wg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, 1. sowie von unteren Annahmestellen und allen Annahmestellen Expeditionen angenommen. Reflektoren die Zeile 75 Wg. für Halle und umwärtig 1 M.

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Bauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Kriegens-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68. 1; Telephon Nr. 501 u. 176.

Nr. 98.

Halle a. S., Montag, den 28. Februar.

1910.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Mülheim-Gummersbach.

* Köln, 26. Febr. Bei der heutigen Stichwahl in Mülheim a. Rh. Wipperfurth-Gummersbach erhielt der Zentrumskandidat Oberlandesgerichtsrat Marx 21 496 Stimmen, der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Erdmann 13 282 Stimmen. Marx ist somit gewählt.

Das Zentrum hat bei der Ersatzwahl in Mülheim-Wipperfurth, wenn auch erst in der Stichwahl, gesiegt. Aber es wird sich selbst nicht darüber täuschen können, daß sich die Dinge hier zu seinen Ungunsten gewandt haben. „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren“, sagte einst König Preussens. Auch dem Zentrum fängt im Westen der Boden unter den Füßen an zu wanken. Denn soviel wenigstens geht aus der Stichwahl vom letzten Sonntag unwiderleglich hervor, daß das Zentrum künftig auf die Stichwahlhilfe der Nationalliberalen nicht mehr rechnen kann. Noch im Jahre 1907 galt es als selbstverständlich, daß bei einem Zusammenreffen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten die Nationalliberalen zu Gunsten des Zentrums den Ausschlag gaben. Das hat die nationalliberale Partei festgehalten, obwohl sie wußte, daß das Zentrum umgekehrt sich keine Spindel barzais machte, gegen die Nationalliberalen und für die Noten zu stimmen. So konnte das Zentrum nach zwei Seiten hin. Es unterstützte die Sozialdemokratie und es wurde doch gleichzeitig von den liberalen Parteien gegen die Sozialdemokraten herausgehoben.

Die Zentrumsvredner im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Tatsachen entwickelt, indem sie behaupteten, daß die nationalliberale Partei in Mülheim-Wipperfurth die Parole für die Sozialdemokratie ausgegeben habe. Das war nicht der Fall. Sie hat vielmehr den Wählern überlassen, ob sie für die Sozialdemokratie stimmen oder ob sie sich der Stimme enthalten wollten. Aber sie hat allerdings mit aller Bestimmtheit ausgesprochen, daß für das Zentrum keine Stimme abgegeben werden dürfe. Und in diesem Sinne ist bei der Stichwahl auch gehandelt worden. Nur die christlich-sozialen Stimmen sind dem Kandidaten des Zentrums Oberlandesgerichtsrat Marx zugefallen. Von den nationalliberalen Wählern hat etwa der größere Teil der Stimme enthalten, und nur etwa zwei Tausend haben für den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Erdmann gestimmt. Es ließ sich denn auch nicht verhindern, daß Herr Marx gewählt wurde. Aber zum erstenmal trat doch deutlich hervor, daß die Nationalen sich nicht länger für das Zentrum einsehen wollten. Keine Stimme für das Zentrum! Das bedeutet eine reinliche Scheidung, die ihre Konsequenzen in sich selbst trägt.

Gerade in Mülheim-Wipperfurth lagen ja die Dinge so, daß das Zentrum für sich allein fast schon die Mehrheit hätte. Vor drei Jahren siegte das Zentrum gleich im ersten Wahlgange. Aber in zahlreichen anderen Wahlfreien des Westens hängt die Entscheidung von der Stellungnahme der Liberalen ab. Entscheiden sie sich für das Zentrum, dann wird es gewählt. Entscheiden sie sich für die Sozialdemokratie, dann unterliegt das Zentrum. Aber auch wenn die Nationalliberalen sich auch nur der Stimme enthalten, dann ist wieder die Zentrumspostion nicht zu halten. Im Jahre 1907 konnte das Zentrum eine zweispaltige politische Politik mit Erfolg durchführen. Es wählte in der Stichwahl die Sozialdemokratie gegen den Liberalismus, und es erhielt gleichzeitig von den Liberalen Unterstützung gegen die Sozialdemokraten. Nur auf diese Weise konnte es seine Mandate noch vermehren. Wenn jetzt die Nationalliberalen wie in Mülheim so auch in anderen westlichen Wahlkreisen die Parole ausgehen, daß keine Stimme für das Zentrum abgegeben werden darf, dann wird das Zentrum im Westen nicht länger künstlich aufgepöppelt werden. Es muß sich dann entscheiden, ob es nur allein ein doppeltes Spiel treiben will. Nimmt man dazu, daß sich das Zentrum durch seine Politik im Reich und durch seine Haltung in Sachen der preussischen Wahlreform die Wähler überall entfremdet hat, so darf man annehmen, daß der Rückgang der ultimatontanen Welle nicht mehr fern ist.

Wahlrechtsversammlung und Wahlrechtsdemonstration vor dem königlichen Schloß.

Berlin, 27. Februar.
Eine große Wahlrechtsversammlung, an die sich umfangreiche Demonstrationen vor dem königlichen Schloß anknüpfen, fand heute mittig im Jirrus-Busch statt, der bald nach Eröffnung wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt wurde. Zu der Versammlung, die gegen die preussische Wahlrechtsvorlage Stellung nehmen sollte, hatten führende Männer von Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft, des Handwerks sowie Mitglieder von Selbstverwaltungsböden etwangsommen. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs befanden sich u. a. Pfarrer Aßner, der Maler Louis Corinth, Dr. Ludwig Sulda, Stadtbürgermeister Raempf, Geh.

Oberratsrat Prof. Dr. Landau, Prof. Paul Wenerheim, Obermeister Kahardt, James Simon, Friedrich Spielhagen, Justizrat Stranz, Geh. Med.-Rat Dr. Waidner und Professor Dr. Orth. Den Vorsch für die der bekannte Strafrechtslehrer Prof. v. Lijzi. Er hielt die Erschienenen willkommen und betonte, daß es gelte Stellung zu nehmen gegen die Wahlrechtsvorlage, die dem deutigen Rolle von der konservativen Partei und seiner reaktionären Hilfsgruppe, dem Zentrum, befehrt worden feil. Man möge aber in den Verhandlungen jede Verzipotemik vermeiden. Als erster Redner sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Maurer. Wir werden nicht demonstrieren. (Zuruf: Warum denn nicht?), aber wir werden protestieren. Wir wollen protestieren, daß man unter dem Mantel der historischen Entwicklung dem Volke die Freiheit in Unabhängigkeit des Wahlrechts vorenthält. Unbeinkunft kann nur wählen (Zuruf: der Unteroffizier; große Heiterkeit), wer das geheime Wahlrecht bezieht. (Stürmische Zurufe der anwesenden Sozialdemokraten: das gleiche Wahlrecht!) Es zeugt nicht von politischer Reife, wenn man seinem Radikalismus durch den Stimmzettel Ausdruck gibt, vielmehr haben wir in der Beziehung schon zu viel gelündigt. Aber wir wollen uns auch nicht ergeben dem Zwange des Landrats oder der wirtschaftlichen Erzfikeln.

In zweiter Stelle sprach Stadtratsabgeordneter Fabrikbesitzer Dr. Frenkel, der sich als Vertreter von Handel und Industrie vorstellte. Der folgende Redner Prof. Dr. Spiegel (Berlin) ging von dem Worte Bismarcks aus, daß das preussische das elendeste aller Wahlrechte sei. Die Wahlrechtsfrage ist eine Frage der bürgerlichen Ehre, und „nichts würdiger ist die Nation, die nicht ihr alles treulich feht an ihre Ehre“. (Wühntelanger Beifall und Hadrufe.) Rechtsamkat Dr. Marx (Berlin) verweist auf die gemäßigten Erzfikeln der Städte und deren Benachteiligung durch die Wahlrechtsentstellung.

Reichstagsabgeordneter Dr. Wiemer:

Alle politischen Errungenheiten sind errungen worden gegen die Konfervativen. Stein und Hardenberg sind auf den Wierstand der Junter gefahren, und wenn es nach deren Willen ginge, hätten wir heute noch die Leibeigenschaft. Als sich die Türkei eine Verfassung gab, hat der Kaiser dem Sultan eine Glückwünsche geschickt. Wir hoffen die Zeit noch zu erleben, wo der Sultan auch dem König vor Preußen ein Glückwünsche telegramm schickt. (Anhaltender Beifall.) Wir werden nur vorwärts kommen, wenn wir die konfervative Organisation niedergerungen haben. Wir brauchen keine Wuchschlome und keine Scheuchfächer, sondern Männer für die Staatsverwaltung, mögen auch laute Pfurufe; wiederholte Rufe: Jesuiten, so ist es bereit, sich über die Forderungen seines Programms hinwegzusetzen um die Freundchaft mit den Konfervativen zu erhalten, um auf dem Gebiet der Schule konfessionelle Ziele zu erreichen. Maximierung, Privilegierung, Kombination und schließlich Ruinierung, das wird aus der Kommissionsberatung hervorgehen. Wir wollen nicht, das geschaher wird um das wichtigste Recht des Volkes. Was sagt der Träger der Krone? Ich würde es begriffen finden, wenn er im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Zeit sagen würde: Ich verbitte mir, daß ein Königswort vor dem Lande und der Geschichte zum Geipst gemacht wird. (Anhalt. großer Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Raumann

stürmisch begrüßt, führt aus: Wenn wir vom preussischen Wahlrecht reden, dann müssen unsere Wände sich rüchten auf das unerreichte Ziel 1848 und auf das Wort: alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Schon das damals geborene Wahlrecht war ein rechtsloses Sand, von ihm gilt des Dichters Wort: „Es erden sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“. Das Wahlrecht führt den Patriotismus mehr als wie alles andere in Preußen. Vor hundert Jahren erkies der König den „Aufzur an mein Volk“, nicht den „Aufzur an die drei Klassen meines Volkes“. Rings um uns liegen Länder mit gleichem Wahlrecht, und umgeben von derartigen Staaten will Preußen zurückbleiben, das früher so oft stolz und erhaben auf den Defektreider nieder schaute, ob die österreichische Landwehr nachkommen kann. Jetzt schauen sie über die Ertragerte und Riesengebirge auf uns, ob die preussische Landwehr nachkommen wird. (Seiterkeit und Beifall.) Sünden Sie in Darmstadt, Karlsruhe und München, ob die Massen dort zu jener politischen Vertrohung und Bewilderung gekommen sind, von der der Ministerpräsident sprach. Sie werden beifällig finden, daß die sozialen Kämpfe dort unten bei weitem nicht die Schärfe gewonnen haben wie bei uns. Die Gleichheit der Bürger ist das sicherste Mittel, um die sozialen Kämpfe auf ihr eigenes Gebiet einzuführen. Das alte Preußen ist regiert worden von den Rittergütern aus, und nun kämpft das Rittergut seinen Kampf um die Erzfikeln. Denn das Rittergut weiß, daß, wenn einmal in Preußen ein anderes Wahlrecht da ist, die Rechte der Privilegiereren nicht mehr gelten werden. Heute sitzen ganze Provinzen unter dem Banne des Ritter-

gutes, als ob sie ein erweiterter Gutshof wären. 30 Rittergutsland ist, da wird für 10 Monate im Jahre polonisiert und die dort Behorenen wandern ab. Die Provinzen bleiben unter konfervativer Herrschaft notleidend, der Rittergutsbesitzer freilich selbst bleibt nicht immer notleidend. (Seiterkeit.) Es ist eine patriotische Aufgabe, uns mit einem Wahlrecht zu befhenden, das die Interessen der Bauern vertritt. Bauernblut und Bürgerblut haben sich immer gut vertragen. Wenn man den Bildungsträgern jeht einen Bissen vorwirft: halbpant Herr Bruder, dann will ich schwören, so ist es erquidlich zu sehen, mit welcher Gümmigkeit die Gebildeten dieses Vorrecht vor sich werfen. Wir Gebildeten wissen, daß wir alle nur Glieder eines Volkes sind. Der Klassengehaue ruiniert den Volksgehaue. Ruft es in die Ministerien und in den Bundesrat, daß sie nicht mehr schlafen können: endlich ist es an der Zeit, alle Preußen sind vor dem Wahlgesetz gleich! (Wühntelanger stürmischer Beifall.) Die Verammlung nahm hierauf einstimmig eine Resolution an. Der Vorsitzende schloß dann die Verammlung, die unter lebhaften Hadrufen auf das gleiche und geheime Wahlrecht ausseinbergang.

Eine geplante Parallelerklärung im „Reenpaß“ war von der Polizei nicht erlaubt worden. Die Mitteilung hierzu durch Professor v. Lijzi hatte lebhafteste Pfurufe ausgeföhrt. — Auf der Straße erwartete ein ziemlich starkes Polizeiaufgebot unter Leitung mehrerer höherer Polizeioffiziere die herausströmenden Massen. Man hatte aber offenbar nicht damit gerechnet, daß sich die Teilnehmer zu einem

Demonstrationszuge

formieren würden, der sich bald in der Burgstraße bildete. Von mehreren Gastabelabern herab versuchten Redner zu der dichtgedrängten Menge zu sprechen, die unaufhörlich Hadrufe auf das Wahlrecht ausbrachte. Von den Polizeibeamten in Bewegung gesetzt, drang die Menge die Burgstraße entlang bis zur Kaiser Wilhelm-Brücke vor, wo eine Postenkette einfach gesprengt wurde. Der Abgeordnete Raumann wurde auf ein Laternenpostament gehoben und sprach einige Worte. Auf das Jureden der Polizei sog die Menge, die etwa 2000 Man betragen haben mag über den Schloßplatz nach den Linden zu weiter. Auf dem Schlosse kündete die Purpurbandarte die Anwesenheit des Kaisers an, deshalb waren hier die Hadrufe besonders intensiv. Im Schloßhofe waren 30 berittene Schuzkente postiert, die den Demonstrationszuge begleiteten, der sich übrigens infolge des einsetzenden Regens bald auflöste.

Die Riesenkundgebung in Frankfurt a. Main.

Zu einer imponenten Kundgebung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage kam es am Sonntag mittig in Frankfurt a. Main. Insgesamt waren sechs politische Korporationen mit ungefähr 50 000 Personen ammarföhrt. Ein Massenagobot, wie es Frankfurt seit der bekannten Pfingstweekenversammlung im Juli 1848 nicht mehr gesehen hat, die befanntlich die deutsche Einigung ausgeföhrt, wurde bei dem harten Frost notwendig in seinem Saale untergebracht werden und mußte infolgedessen

unter freiem Himmel

abgehalten werden. Die Vertreter der einzelnen Parteien — es nahmen teil der Sozialdemokratische Verein, der Demokratische Verein, die Vereinigung der fortschrittlichen Partei, der Nationalsozialistische Verein, die Neue demokratische Vereinigung und der Verein für Frauenfrühmarch — hatten vorher mit dem Polizeipräsidenten eine Unterredung, in der das Präsidium seine Zustimmung zur Verammlung gab, und auch die Stadt Frankfurt als Wächterin der vielen Bestar großen Bundesweite im Norden der Stadt hatte ihre Genehmigung erteilt. Nachdem es die ganze Woche über fast geregnet hatte, trat in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag Frost ein, so daß alle Vorbereitungen gegeben waren, um der Kundgebung ein ausdrucksvolles, außerordentliches Gepräge zu verleihen. Schon zehn Uhr morgens an strömten die Menschenmassen ununterbrochen nach dem Ziel. Die Straßenbahn hatte veräußerten Einminutenverkehre mit Doppelwagen eingerichtet, konnte aber dem Andrang der Massen nur zum geringen Teil gerecht werden. Schon um 11 Uhr füllte sich der Kleinplatz mit Publikum. In einem mächtigen Rechteck waren

auf Rednertribünen

aufgestellt worden, auf denen folgende Herren sprachen: Für die Sozialdemokraten der Stadtratsabgeordnete Dr. Quarr und Stadtratsabgeordneter G r a f, Redakteure W e n d e l und M i e t e r, für die Freisinnigen Stadtratsabgeordneter G o l l, für die Demokraten Landtagsabgeordneter Stadtrat Dr. F e i s h, für die Nationalsozialisten F a e g, für die Neudemokraten Dr. W e i t h a l. Durch Hadrungenale von einer Zentraltribüne wurden Beginn und Schluß der auf 25 Minuten festgesetzten Redezeit kundgegeben. Zwischen 11 12 und 12 Uhr trafen die Hauptmassen auf dem Verammlungsort ein. Endlose Scharen zogen von der Stadt aus durch die breite Eisenbahn Landstraße hinauf. Durch die Miquelstraße landeten die Bewohner des freien Westens und von Bodenheim, über die Holzhausenstraße kreuzte das Publikum aus dem Nordend und Nordheim, quer über die Wiesen die Bevölkerung von Seckhof und Preungesheim, die Landarbeiter von Ginnheim und Braumborn, von der Dillseite die Fabrikarbeiter aus Eifersleben, Eckenheim und Hedderheim. Pünktlich um 12 Uhr igh die rote Pfeilfrankfurter Fahne das Zeichen zum Beginn. Die Vorredner der einzelnen Verammlungsgruppen leiteten mit einigen kurzen Sätzen auf den Zweck der Riesenversammlung das Referat ein. Die Referenten ergriffen das Wort, und die wankende, wogende



Schwere Masse wird plötzlich zu einem festen kompakten Ganzen, aus dem nur die Spitze der acht Kömer hervorragen. Einmalige Referenzen beschäftigen sich ausschließlich mit der Wahlrechtsfrage und deren Vorarbeiten. Handwerker, Kaufmannschaft, unterlegen aber auf vorherige Beratung das Verhalten der Polizei anlässlich der letzten Frankfurter Wahlrechtsdemonstration seiner Kritik. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, welche Benachteiligung die Wahlrechtsvorlage für weitere Kreise des Handels und der Industrie bringt, und wie demgegenüber das flache Land ganz bedeutend bevorzugt werde, trotzdem sich Preußen in den letzten Decennien

aus einem Agrarstaat zu einem Industriestaat entwickelt habe. Es müsse der Regierung gezeigt werden, daß es mit der Gebuld des preussischen Volkes auf ein Ende laufe kann, daß das trennende Moment aller unterschiedlichen Parteien überwinden werde, wenn es gilt, den berechtigten Forderungen des Volkes Rechnung zu tragen. Die Ausführungen der einzelnen Redner wurden von lebhaften Beifallsstimmungen wiederholt unterbrochen. Zum Schluß wurde eine allgemeine Resolution angenommen.

Mit einem beschleunigten Hufe auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen. Die Teilnehmer begaben sich dann in einem Riesenzug nach der Stadt, doch kamen nirgends Störungen und Zusammenstöße mit der Polizei vor, obwohl eine mehrmalsköpfige Gruppe vor das Polizeipräsidium gezogen ist. Die Polizei hatte sowohl auf der Hundswiese, wie auf allen von den Versammlungsteilnehmern durchzogenen Straßen die Schutzmannsposten zurückgezogen.

Breslau, 28. Febr. Eine große freireinige Volksversammlung, die gestern mittag hier tagte, nahm nach Erstattung des Rechnungsberichts durch den Reichstagsabgeordneten Geh. Rat Pfundner und nach dem Referat des Altpräsidenten Guldendorff über die Wahlrechtsvorlage einstimmig eine Resolution an, worin als Mindestforderung die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts, Befreiung der Klassenwahlen und der ungeraden Einteilung der Wahlkreise aufgestellt und gegen Regierungsvorlage und Kommissionsbeschlüsse energisch protestiert wird.

Magdeburg, 27. Febr. Vor der Absehung der Wahlrechtsvorlage gab es in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten eine lebhafte Auseinandersetzung über das Vorgehen der Polizei gegen die Straßentrottelungen. Die Sozialdemokraten verlangten, daß Oberbürgermeister Lentze mit dem Polizeipräsidenten Rücksprache nehme, um ein ähnliches „brutales“ Vorgehen künftig zu vermeiden. Demgegenüber wurde von bürgerlichen Rednern betont, daß Aufstellungen nur durch Bezeichnung der Massen veranlaßt würden. Der Oberbürgermeister führte aus: Nicht die Polizei habe Anlässe verdient, sondern diejenigen, die jetzt hierzulande Anlässe erheben wollen. Die Polizei sei bei solchen Gelegenheiten in überlegener Lage, sie solle Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Dies werde ihr aber sehr schwer gemacht, wenn die Menge in so großen Scharen antomme. Die Polizei müsse dafür sorgen, daß die Straße gangbar bleibt und daß keine Ausschreitungen vorkommen. Wenn behauptet werde, die sozialdemokratischen Führer hätten die Massen ganz in der Hand, so sei das entschieden zu bestritten. Die Veranlasser der Demonstration haben eine schwere Verantwortung auf sich und erreichen dadurch nicht das, was sie beabsichtigen, sondern gerade das Gegenteil. Man solle solche Veranlassungen lieber unterlassen. Man seien im übrigen keine Klagen über die Polizei zu erhellen. Er nicht ein Urteil von anderer Seite eingeholt habe, könne er keine weitere Erklärung abgeben.

Deutsches Reich.

13. Preussischer Hausbesitzertag.

Die diesjährige Hauptversammlung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine wurde am Sonntag vormittag 10 Uhr im Bürgerhaus des Rathauses zu Berlin durch den Vorsitzenden Juliuszart Baumerz-Spandau mit der Begrüßung der erschienenen eröffnet. Bürgermeister Dr. Reide hielt die Delegierten im Namen des Magistrats willkommen. Stadtrat Rasjel-Weipzig und Architekt Biffing-Berlin entboten der Tagung Grüße und Wünsche namens des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine. Der Vorsitzende Juliuszart Baumerz-Spandau teilte mit, daß im Jahre 1912 anlässlich des Jubiläums Bestehens des Preussischen Bundes der Deutsche Zentralverband tagen wird und eine Tagungsausschuss für Hausbesitzer

in Berlin stattfinden wird. Generaldirektor Dr. Passl erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für 1909. Er besagte, daß die gewinnliche Besserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage des Haus- und Grundbesitzes ausgeblieben sei. Dem Verbande gehören zurzeit 262 Vereine mit 86 000 Mitgliedern an. Außerdem die Hausbesitzerkammern referierten Stadtverordneten Crelz-Breslau und Juliuszart Dr. Friedländer-Charlottenburg. Ein Antrag des ersten wurde angenommen:

„Der Preussische Landesverbandstag hält an der Auffassung fest, daß es erforderlich sei, dem Verbande ähnliche öffentlich-rechtliche Befugnisse zu verschaffen, wie sie in die Korporationen öffentlichen Rechtes in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft besitzen. Es ist erforderlich, daß der Landesverband ein Botschaftsrecht bei allen Maßnahmen der preussischen Gesetzgebung und Verwaltung erhält, die die wirtschaftliche Lage des Hausbesitzes erheblich betreffen. Der Verhandlungsausschuss wird von neuem bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig werden, daß dem Landesverband mindestens das Recht auf Erstattung von Gutachten erteilt wird.“

Weiter die Durchführung der Bäckereiregulation befristeten Obermeister König-Schöneberg und Architekt Biffing-Berlin. Infolge der vom letzten Verbandstag beschlossenen Petition an Reichstag und Landtag haben die Polizeiverordnungen auf höhere Weisung eine mildere Handhabung der Ausführungsbestimmungen eintreten lassen.

Sozialpolitische Fragen.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Wie schwer es einem großen Teil kleiner Arbeitergehalt wird, die Kosten der sozialen Hebelung zu tragen, dafür finden wir einen sehr bezeichnenden Hinweis in dem neuesten Jahresbericht der Section IX der Norddeutschen Volksvereinsgesellschaft, die ihren Sitz in Köln hat, und die Rheinprovinz (ausschließlich des Kreises Weimar), das Fürstentum Sauerland und den Regierungsbezirk Aachenberg der Provinz Westfalen umfaßt. Da wird auf Seite 4 über die Einziehung

der Umlagebeiträge mitgeteilt, daß der Ausfall an Beiträgen auf die Umlage im Jahre 1907 im ganzen 120 744 Mark gegen 1042 im Jahre 1906 betragen hat, und hinsichtlich des Schimmels ist eben, daß gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten der Rückgang der Lohnsumme, woraus die Beitragslast (auch für die jetzt noch zu entrichtenden Umlagen früherer Jahre bis auf das Jahr 1885 hinab) ruht, zu einer Steigerung dieser Last führt. Welche Summe an ausgefallenen Beiträgen würde sich wohl bei einer Zusammenstellung aus sämtlichen Berufsvereinsvereinen des Deutschen Reiches ergeben? Es wäre ein verdienstliches Werk, wenn das Reichsversicherungsamt einmal eine derartige Zusammenstellung heraus wolle. Sie würde zweifellos den Beweis erbringen, daß die Aufbringung der sozialpolitischen Kosten dem Wirtschaftende am zurecht schon so schwer fällt, daß er in einzelnen Gewerkschaften schon versagt, und daß diese Tatsache bei der Steigerung solcher Kosten nicht außer Betracht gelassen werden darf.

Vereinfachung der Volkszählung.

Nach Beschluß des Bundesrats findet am 1. Dezember d. J. die alle fünf Jahre fällige Volkszählung statt, die den Zweck verfolgt, die ökonomische Bevölkerung des Gesamtstaats der innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember fällig oder vorübergehend anwesenden Personen festzustellen. Gegenüber den Volkszählungen vom Jahre 1900 und 1905 ist die diesjährige Erhebung erheblich vereinfacht. Die damals gestellten Fragen nach dem Geburtsort, nach dem Arbeitsort, nach dem Vorliegen von Blindheit oder Taubstummheit sowie nach der mittlärlichen Ausbildung oder Nichtausbildung der reichsangehörigen landsturmpflichtigen Männer bleiben in diesem Jahre weg; der Bundesrat beabsichtigt diesmal darauf, lediglich Namen, Stellung im Haushalt, Geschlecht, Familienstand, Alter, Religionsbekenntnis und Staatsangehörigkeit zu erfragen, den einzelnen Bundesregierungen bleibt es überlassen, für die eigenen Bedürfnisse erweiterte Erhebungen zu veranstalten.

Nach Anordnung des Bundesrats soll ferner in allen deutschen Staaten mit der Volkszählung eine Feststellung der besonnten und unbewohnten Wohngebäude und der anderen zur Zeit der Zählung zu Wohnzwecken benutzten festen oder beweglichen Paulischen (Schiffe usw.) verbunden werden. Ob und welche Regierungen über diese Mindestforderungen des Bundesrats hinaus weitere Erhebungen über Wohnungsverhältnisse veranstalten werden, ist noch nicht bekannt.

Vereins Opfer?

Aus preussischen höheren Beamtenkreisen schreibt man der „Köln. Ztg.“:

In Nr. 180 geben Sie Ausführungen der Berliner Politischen Nachrichten über Opfer Preussens für das Reich wieder, denen m. E. entgegenwiderprochen werden muß. Danach soll die Eisenbahnerweiterung für die Volksbevölkerung 52,4 Millionen Mark aufwenden und nur 1,1 Millionen von der Post vergütet bekommen, also 41,3 Millionen Mark „opfern“. Der preussische Fiskus habe aber bei der Verstaatlichung der Bahnen diese mit der Post, die für die Werk geschickte, tragen und die ihre Erträge schmälert, erworben, und diese Erträge sowie der Kaufpreis würden höher gewesen ohne jene Post, also die früheren Eigentümer der Bahnen und ihre Erben sind die opfernden, diejenigen, denen schon wenige Jahre nach der Verstaatlichung der Kaufpreis durch die Konvertierung der Ransons von 4 zu 3 1/2 Prozent um ein Viertel geschmälert worden ist. Also nicht der preussische Fiskus, sondern das Volk hat geopfert und dafür die billigen Portofähige der Post vom Reich erhalten. Ebenso ist es in Bayern, Sachsen und den meisten deutschen Staaten, wo ebenso die Bahnen, mit jener Last zugunsten der Post, verstaatlicht worden sind.

Wenn das Volksprinzip etwa aufgehoben werden sollte, so müßte das Reich die 41 Millionen für wieder durch neue Steuern aufzubringen aus dem Volk. Es ist das beste Mittel, das bei Einführung der Grundsteuer in den alten Preussischen Provinzen Anfang der sechziger Jahre, und ihrer späteren Ausdehnung durch Mauerl mit so günstigen Erfolge für die ökonomischen Großgrundbesitzer angewandt worden ist: In den westlichen Provinzen bestand die Grundsteuer 1815, und Preußen sagte ihnen die Einführung in den alten Provinzen bei der Übernahme ausdrücklich zu. Und es dieses Verprechen des Königs von seinem Nachfolger endlich erfüllt wurde, erhielten die Grundbesitzer in Ostpreußen eine bare Kapitalentschädigung dafür, daß sie nun zahlen mußten. Und als wenige Jahrzehnte später die staatliche Grundsteuer allgemein aufgehoben wurde, wurde die Rückzahlung jener Kapitalentschädigung gefordert, aber nur, wo der alte Eigentümer noch drauf ist, und auch diesen werden langfristige Platzengagements ermöglicht und später auch diese nutzlos. Man hatte doch beim Verkauf eines Gutes der Käufer ein auch billiger bekommen, als wenn eine Grundsteuer bestanden hätte, also mühte er ebensowohl jene Kapitalabfindung herauszugeben, wie der alte Besitzer. Also, wenn auf das Grundstück Steuer gelegt wurde, wurde mit Kapital entschädigt, wenn die Steuer davon genommen wird, aber nicht. Solche Schiebungen werden aber gemacht, und es ist so eine Menge Geld aus dem Weiten, der stets die Grundsteuer gezahlt hatte, in den Dien hineinbezogen worden, nämlich jene Kapitalabfindungen noch außer der Grundsteuerfreiheit, die der Diner 30 Jahre lang auf Kosten des Weltens gegossen hat.

Parteinachrichten.

Vom Parteitag der süddeutschen Volkspartei.

Aus Würzburg wird uns gemeldet: Auf dem von 15 Vereinen besetzten Parteitag der Süddeutschen Volkspartei in Bayern traten 11 Vereine für und 4 Vereine gegen eine Fusion auf. Die Verammlung verließ teilweise recht frühzeitig. Für den Berliner Parteitag wurden 10 Delegierte gewählt. München bleibt der Hauptort für die Parteiliste. Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Die Verammlung begrüßt mit herzlichster Sympathie alle, die in Preußen für die Gewinnung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts und damit für die Sicherung des Reichstagswohrtums kämpfen, und freut sich über die tiefergehende Entschlossenheit der Bewegung, die durch die Wahlrechtsvorlage ausgelöst worden ist.

Nationalliberal-freireinigen Wahlbindnis.

Berlin, 28. Febr. Infolge der starken Agitation, die namentlich von dem Abg. Dr. Sahn in Hannover gegen die Nationalliberalen betrieben wird, sind, wie wir erfahren, Versuche im Gange, in ganz Hannover für die nächsten Reichstagswahlen

ein Kompromiß zwischen freireinigen und Nationalliberalen zuzukommen zu bringen. Es soll ein Einvernehmen zwischen beiden Parteien und hinsichtlich der Verteilung einer großen und rechtzeitigen freien Listenzüge, so daß freireinige und Nationalliberale sich gegenseitig gegenüber, sondern beide Parteien sollen in der Wahlfrage die Kompromißkandidaten unterstützen. Außerdem sollen Dr. Sahn und den rechtsliberalen Abg. Dr. Paternoster die Parole ausgegeben werden, ihnen auch in der Stichwahl über einem Sozialdemokraten keine freireinigen oder nationalliberalen Stimme zu geben.

Der Landrat, A. D. von Friedrich v. Bülow auf Bothkamp, der in den letzten Jahren durch seine Ergebnisse als Wasserführer der in der Wälschichte bekannt gewordenen Wassergramm aus Kiel zufolge an einer Vungenentzündung gestorben. Bülow stand im 90. Lebensjahre; von 1883 bis 1906 war er Landrat des Kreises Eckernförde. Viele Jahre hindurch gehörte er auch dem preussischen Abgeordnetenhaus an als Mitglied der konservativen Fraktion.

Pfarrer Traub ist von der Landtagskandidatur im Wahlkreis Herolds-Salle-Weißfeld zurückgetreten, um einen Konflikt unter den Liberalen zu vermeiden. Die Freireinigen haben nun in Herold den Kaufmann und Stadtratsmitglied Kiel-Minden als Kandidaten aufgestellt.

Freireinige Fusion. Die Landesorganisation der freireinigen Parteien in Lippe beschloß nach einem Referat von Goldschmidt-Berlin einstimmig die Verschmelzung.

Kleine politische Nachrichten.

Bildung einer Wecker-Gesellschaft. Zur Förderung des Studiums der außerdeutschen Kulturländer hat sich in Berlin eine Wecker-Gesellschaft gebildet.

Die „Nationalzeitung“ erscheint wieder. Die „Nationalzeitung“ erklärt die Werbung, daß die „Nationalzeitung“ am 1. April d. J. eingehen werde, daß verschoben, aus mehr oder weniger freundlich gestimmten Blättern Beauftragung gegeben, sich mit dem Schicksal der „Nationalzeitung“ zu beschäftigen. Demgegenüber erklären wir kurz und bündig, daß die „Nationalzeitung“ am 1. April ihr Erscheinen einstellen, unrichtig ist.

Soz. und Personalnachrichten.

Der Hochzeitstag des Kaisers und der Kaiserin wurde gestern im Schloß gefeiert. Die Majestäten nahmen mit ihrer Familie vormittags am Gottesdienst im Dom teil. Um 1 1/2 Uhr waren die Kinder des Kaisers zur Frühstücksstunde geladen. Zur Abendtafel waren Einladungen an die jetzigen und früheren Angehörigen des Kaisers und der Kaiserin ergangen; unter anderen waren geladen Prinz und Prinzessin Selma-Sarah, Fürst Fürstberg, Herzog und Herzogin zu Trarbach. In des Diner schloß sich eine musikalische Abendunterhaltung.

Ausland.

Kaiserin Eugenie und Frankreich.

Der bekannte neapolitanische Journalist Antonio Scarfoglio berichtet über eine Unterredung, die er mit der gemauerten Kaiserin Eugenie während ihres Aufenthaltes in Neapel gehabt haben will, und in der er der Kaiserin hochachtbare, schwulstige Literatur im Stille folgender Sätze in den Mund legt:

„Ich habe geglaubt, ich bin gewesen. Nicht mehr will ich sein. Nicht einmal ein Erinnerung. Ich bin die Vergangenheit, ein anderer jetzt ankommend, verlorener, verlorenen, Fortschritt, die der Reizende manchmal existiert, wenn er sich auf der Höhe eines Hügel umwendet, wo der Himmel mit dem Meere zusammenfließt, und dessen er sich, erfüllt von der Hoffnung neuer Ansätze, die bereits vor seinen Schritten sichtbar werden, nicht mehr erinnert. Ich lebe, aber ich bin nicht mehr. Ein Schatten, ein Gespenst, ein Schmerz, der sich bewegt. Die Welt hat sich vollkommen geändert. Die Menschen sind anders geworden. Zwischen meiner Vergangenheit und der Gegenwart liegen kaum 30 Jahre. Mir scheint es, als wären es zehn Jahrhunderte. Ich hatte einen Traum, einen großen Traum für das Frankreich, das mich als Herrscherin angenommen hatte. Dieser Traum ist tot. Des Schicksal hat ihn getötet. Mit ihm will ich verschwinden. Ich bin eine arme Frau, die viel geliebt und sehr gelitten hat. Jetzt habe ich Frieden und Ruhe und Vergessenheit. Ich habe Frankreich zu viel geliebt, um jetzt nicht als meine Kräfte daran zu wenden, es zu vergessen. Meine Seele wird nicht sterben. Denn sie ist dem Himmel und unterirdisch geboren und hält in ihrer Hand das Geheimnis der Verrätherlei, die unglücklich. Geboren, zu geliebt, Herrscherin aller Stufen. Bewahrer aller menschlichen Größe, wird sie leben, weil sie allein die Schicksal geliebt hat, weil sie allein sie ausbrüden kann und weil alles, was schön und groß ist, nicht sterben kann.“

Es ist eine eigene Sache, wenn sich Literaten mit Politik befassen!

Die Touloner Besetzungsaftäre.

Der „Matin“ meldet neuerdings aus Toulon: Bekanntlich ist seit einiger Zeit in Toulon eine Unternehmung in Sachen der Marine- und Arsenalverwaltung eingeleitet worden. Wie das Blatt auf Grund einer Anzahl Dokumente mitteilen kann, hat die Angelegenheit eine unvorhergesehene Ausdehnung genommen, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Ein Brief, der von der Polizei beschlagnahmt wurde, führte zur Entdeckung einer großen Anzahl von Briefen, die bei verschiedenen Unternehmern gefunden wurden.

Es handelt sich um 25 000 Briefe, aus denen hervorgeht, daß man einer wirtlichen Besetzungsaftäre gegenübersteht. Die Angelegenheit dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Familie Roosevelt in Neapel. In Bord des Dampfers „Samburg“ trat gestern, aus New York kommend, Frau Roosevelt mit ihren Kindern in Neapel ein. Die Landung vollzog sich mit Hindernissen. Der gewaltige Dampfer rammte den kleinen italienischen Schleppdampfer „Toto“, der ihn in den Hafen hinführen sollte, in den Grund. Die Mannschaft konnte sich durch Schwimmer retten. Die Familie Roosevelt fährt am Freitag nach Alexandria weiter, wo sie mit dem früheren Reichspräsidenten der Vereinigten Staaten zusammentrifft.

Provinzial-Nachrichten.

Zu den Wahlrechtsdemonstrationen.

Wannau, 25. Febr. Die hiesigen Sozialdemokraten hatten für kommenden Sonntag eine Wahlrechtsdemonstration mittels Umzugs durch verschiedene Straßen der Stadt geplant. Die Polizeidirektion hat den Umzug verboten. Gegen dies Verbot wandten sich die Sozialdemokraten beschwerdend an das Staatsministerium. Dieses hat den Befehl der Polizeidirektion bestätigt, den Umzug also ebenfalls unterlag.

Halsleben, 25. Febr. Die Promenadenkonzerte, die bisher an den Sonn- und Festtagen stattfanden und für unsere Einwohnerlichkeit eine angenehme Unterhaltung bildeten, werden mit Rücksicht auf die wiederholten sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen für die nächste Zeit in Fortfall kommen. — Diese Maßnahme, die sich als notwendig herausgestellt hat, wird gewiß nicht dazu beitragen, die Sympathien für die sozialdemokratische Partei bei der Bürgerlichkeit zu erhöhen.

Schreckliches Ende einer Kindtaufsicht.

Beuthitz, 27. Febr. Gegen Ende einer äußerst fröhlichen Kindtaufsicht wollte der Fleischer Wrocht von hier dem Bäckermeister Otto Schulte im Laufe des Gesprächs erläutern, wie man mit den neuen Massen die Kinder auf schmackhafte und schmerzlosste Art tötet und dann dabei dem Bäckermeister die Masse vor das Gesicht. Dabei ging durch irgend einen unglücklichen Zufall die in der Masse stehende Zitrone los und zerstückelte dem Bäckermeister den Schädel.

Der jämliche Tod des betroffenen Mitbürgers, der erst vor einem halben Jahre sein Geschäft übernahm, erschütterte hier allgemein und erweckte tiefe Teilnahme.

Decenburg, 25. Febr. (Schwerer Unfall.) Beim Ausschleifen von Leinwandstoffen mußten Sprengarbeiten vorgenommen werden. Als ein angelegter Sprengschuß nach längerem Warten nicht losging, begaben sich der Monteur Künze, ein junger Klempner und ein dritter Arbeiter aus Luma i. Thür. zur Schießstelle, um nachzuschauen, als in demselben Augenblick der Schuß losging. Der junge Klempner wurde sofort getötet, Monteur Künze namentlich im Gesicht schwer verletzt, der dritte junge Mann kam mit leichten Verletzungen davon.

Rennungen, 27. Febr. (Beim Kadetzlehren) kürzte heute nahe unserer Orte ein Pferd an einer abfälligen Stelle in die hart angelegene Rinne und verfiel in den Fäuten. Glücklicherweise gelang es dem Geschäftsführer, das weisse Pferd durch schnelles Abkürzen vor dem gleichen Gescheh zu bewahren.

Beuthitz, 27. Febr. Als ein bemerkenswertes Feldchen vorzeitig warmer Nächte kann man hier auf den Weibern das Hervorwachsen von Fischen beobachten. Der Eintritt einer kälteren Periode dürfte freilich wieder „Glückspilzen“ ihre zu frühe Sommerreise verhindern werden.

Wormersende, 28. Febr. Die hiesige Färberei findet am 1. April durch Färberei Straßmann aus Meisdorf eine Neubelebung. — In die seit 1. Oktober freigelegene Lehrer- und Küsterstelle trat vorige Woche Herr Lehrer Wählich, aus Gerstebitz gebürtig und vom Eislesener Seminar kommend, ein.

Wiesdorf, 27. Febr. (Eine selten vorkommende Fruchtbarkeit) besaß eine Zuchtin eines Bäckers, die 21 Jahre jenseit zur Welt brachte, allerdings nur 12 davon lebend. Mehr verendete das wertvolle Tier einige Stunden nach dem Wurf.

Wittenberg, 27. Febr. (Einbruch in einen Güterwagen.) In der Nacht ist auf dem Bahnhof ein mit Strohgut beladener Güterwagen erbrochen, in diesem selbst eine größere Menge Stroh gestohlen worden. Von dem Diebe, welcher sehr genau informiert gewesen sein muß, fehlt bisher jede Spur.

Dresden, 27. Febr. (Wärder Adlung.) Die Personalbeilegung des in der Nacht zum Mittwoch aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ausgebrochenen Sanbarbeters Heinrich Adlung, des Wärders des Maurers Robert Kehnert, lautet folgendermaßen: Größe 1,78 Meter, Haare: blond, Stirn: hoch, Augenbrauen: blond, Augen: grau, Nase: hoch, Zähne: best, Gesichtsfarbe: gesund, Gestalt: kräftig, Alter: 33 Jahre. Besondere Kennzeichen: Auf dem linken Auge blind.

Halsleben, 27. Febr. (Gegen die Schankerlaubnissteuer.) Der Gemeindevorstand für Halsleben und Umgebung nahm in seiner gestrigen Verammlung Stellung zu der vom Magistrat eingebrachten Vorlage betr. Einführung einer Schankerlaubnissteuer. Eine Abstimmung ergab, daß die Verammlung Teilnehmer einstimmig gegen die Steuer waren. Die Verammlung faßte auch eine Resolution, in der entschieden gegen die Schankerlaubnissteuer protestiert wird, da diese eine Ausnahmesteuer für das Gewerbe sei und den schon bereits überbürdeten

Wirtshaus in einer der Gewerbestellen widersprechenden Weise unterdrückt und dem geschäftlichen Ruin entgegenführe.

Dankersode, 28. Febr. (Erhängt) aufgefunden wurde von Schulkindern im Walde nach Neuburg zu der früheren Golegenheider Leuten. — Die seit 1. Juli vor. Jahres malais hiesige 2. Lehrer- und Organistenstelle wurde am 25. d. Mts. durch Herrn Lehrer Gehlmann aus Grana bei Zeit befreit.

Witten, 28. Febr. (Die Viehhaltung in bauerlichen Wirtschaften) vom Standpunkt der Viehhaltung wurde das 2. Thema über welches Herr Direktor Herbst Arten hier referierte. Er führte u. a. aus: Auf dem Harze muß noch mehr absolutes Futter gebaut werden, zum Wohle des Gesamt-Viehertrages. Als Leiter des Harzer Viehhaltungsverbandes betonte Referent, daß er der Jucht der Harzer Rindvieh-Rasse festgehalten werden müsse. Die Rasse sei zu stärken und zu verbessern durch gute Bullenhaltung und bessere Pflege der Kinder in der Jugend. — Man müsse die Blutlinien säubern, um rassistische Tiere durchzugüchten.

Eisleb, 28. Febr. (Unser Ehrenbürger Will. Rosenstein in America.) dem unsere Stadt schon eine Reihe wertvoller Schenkungen verdankt, hat neuerdings die Mitteilung nach hier gelangen lassen, daß er auf seine Kosten für die hiesige Schule eine Turnhalle erbauen lassen wollte.

Apolda, 28. Febr. (Einweihung des Stadthauses.) Getreu wurde in Gegenwart des Bezirksdirektors Dr. Bendemann das neue Stadthaus eingeweiht. Es ist nach den Plänen des Architekten Schmay mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark gebaut worden. Schmay harz vor einiger Zeit an Gasvergiftung.

Penig, 25. Febr. (Eine Fischschepse) wurde am Mittwoch am Elbstrand bei Blankense aufgefunden. In einer nur lose verkornten Flosse befand sich eine Fischschepse aus dem Orte Penig an der Mulde. Der Fischer teilt darauf mit, daß er das Kärtchen am 6. Februar 1909 bei Hochwasser in der Mulde aufgegeben habe. Die Flosse, die über 500 Kilometer zurückgelegt hat, ist also über ein Jahr unterwegs gewesen.

Stendal, 27. Febr. (Errichtung eines Bismard-Hauses.) In der Generalversammlung der Bismard-Gesellschaft, deren Vorsitzender Erster Bürgermeister Dr. Schütte ist, magde der Geschäftsführer Augustar Dr. Geyffels Mitteilungen über den Plan zur Errichtung eines Bismard-Hauses. Das schätzungsweise 100 000 Mark kostende Bismard-Haus ist zurzeit im Kaufhause der Stadt Stendal untergebracht.

Bernburg, 23. Febr. (Ein Bild aus der Herberge.) Gehten wurde ein alter Bettler festgenommen, der sich in andringlicher Weise benahm. Dem zu Hilfe gerufenen Polizeibeamten leistete er Widerstand. Wie schlicht es dem armen Mann ging, geht aus folgendem hervor: Als er kürzlich abends in der Herberge einkehrte, holte er aus seinen Taschen etwa 15 Stück Wurst von circa je 1/4 Pfund. Er machte mit Kennerschaft die Lederbüchse heraus und warf 13 Stück in die Abortgrube, ohne den anderen Fremden zu beachten, die gern ein Stück von der verachteten Wurst gegessen hätten, etwas abzugeben. Diese waren darüber demütigt, daß sie dem Alten eine derbe Ohrfeige verabfolgten.

Dessau, 27. Febr. (Anhaltische Ueberlandzentrale.) Der Aufsichtsrat der Deutschen Continental-Gesellschaft hat die von der Direktion der Gesellschaft mit den beteiligten Kreisen zur Errichtung der elektrischen Ueberlandzentrale Dessau-Cöthen-Bernburg getroffenen Abmachungen mit geringfügigen Änderungen genehmigt und auch der Ausdehnung des Projekts auf den ganzen Kreis Bernburg zugestimmt. Die Auswähl derjenigen Orte, die an das Netz angeschlossen werden sollen, bleibt der Vereinbarung zwischen den Kreisen und der Gesellschaft vorbehalten. Sondern nun noch der anhaltische Landtag das von der herzoglichen Staatsregierung beantragte Darlehen gewährt, ist die Ueberlandzentrale gesichert.

Schmalldeden, 27. Febr. (Werkzugaachsteuer.) Die Stadtdorordneten beschloßen die Einführung einer Werkzugaachsteuer.

Salsungen, 27. Febr. (Das Wasser der Werra) ist so gelassen, daß in den niedriger gelegenen Häusern die Keller schon überflutet sind. Es wird ein weiteres Steigen des Wassers befürchtet.

Weimar, 27. Febr. (Zum Unfall der Großherzogin.) Der Herzog von Meiningen beantwortete ein Glückwunschtelegramm der Stadt Krasichfeld gelegentlich des glücklich abgelaufenen Wagenunfalls des Herzogs von Meiningen und der Großherzogin von Sachsen mit folgender Depesche: Herzlichen Dank. Frau Großherzogin von Sachsen und ich sind Gott sei Dank ohne Verletzungen davon gekommen, die während der unfreiwilligen Durchquerung der Stadt jeden Moment zu erwarten waren. Sagen Sie Ihren weimarischen Nachbarn, ihre Frau Großherzogin habe eine bewundernswerte Unerschrockenheit bewahrt. Georg.

Wenau, 27. Febr. (Erfolgreiche Bohrung.) In der Nähe von Dönges bei Tiefenort ist man in voriger Nacht bei

der dort stattfindenden Bohrung bei einer Tiefe von ca. 300 Metern auf Gas gestoßen.

Eisenberg, 25. Febr. (Zu den folgenden Reffen.) In Otendorf ist das dreijährige Söhnchen des Gutbesizers Heinrich in einen Reffel gestürzt, in dem Futterkornen getödtet wurden. Das Kind erlitt so schwere Verwundungen, daß es starb.

Berka a. T., 27. Febr. (Wermist.) Seit zehn Tagen wird der 42 Jahre alte Gefährtende Edwin Wäber vom Vorstandementvermählt. Er befindet sich seit drei Wochen auf einer Reise durch Bayern und hat zuletzt am 15. Februar aus München (Sach-Mein) einen Bericht gegeben. Von hier sollte die Reise über Saalfeld nach Weimar und dort nach Berka gehen. Man nimmt an, daß dem gewöhnlichen Manne ein Unglück geschehen ist.

Plauen, 24. Febr. (Krausenfall.) Auf der Straße zwischen Neuma und Lottengrün wurde ein Jandelsmann aus Salsungen überfallen und seines Geldbrieftes mit 150 Mark Inhalt beraubt. Die Suche nach dem Räuber wurde alsobald mit dem Polizeihunde vorgenommen, der die Beamten nach Ober-Schlobitz zum Hause des Maurers Brüder führte. Der Hund brachte hier einen Etself herbei, der genau in die Fußstapfen des Raubbeders pafte und als dem Richter gehörig erkannt wurde. Nach anschließendem Zeugen gefand Bildner, und erklärte, er habe das Geld im Walde vergraben.

Wannau, 24. Febr. (Einen höchst erfreulichen Abschluß) soll der Kammerkassen-Etat für die Finanzperiode 1906/08 geliefert haben. Während nämlich der an die Hauptfinanzkassen abzuliefernde Ueberfluß des Kammerkassen-Etats für die folgende Finanzperiode auf 3 055 300 M. veranschlagt worden war, ist ein Ueberfluß von über 5 600 000 M. erzielt worden, also ein Mehr von über 2 1/2 Millionen Mark.

Berichtsverhandlungen.

Der Einzug der Gölitzer Stadthalle vor Gericht.

(Nachdr. verb.) S. & H. Göth, 25. Febr.

In der Beweisaufnahme befand Maurermeister Silber, Prüfungsbearbeiter der Schleiß-Bohlenigen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, daß er das Gerüst im Innern der Halle unterlag, aber nichts zu beanstanden gefunden habe. Das Bau-Journal befragt dies. Jedoch wird angegeben, daß die Statuten nicht mehr auf das Gerüst moßen. Einige Arbeiter legten die Arbeit nieder, weil eine Strolche getroffen war. Jedoch meinte der Zeuge, daß sie nicht getroffen wäre, wenn nicht die Dachkonstruktion darauf gestützt wäre. Zeuge Stelmacek erklärt, daß der Zimmermeister Wühlig zu ihm gesagt habe, er solle nicht so an die Wände drücken, sonst falle noch die ganze Hude zusammen. (Große Heiterkeit.) Ein anderer Polter habe ihm gesagt: hier am letzten Pfeiler liegt der Hund begraben, auf diesem Bau habe ich das Gerüst gelernt. Angef. Martini: Ist auch während des Frottes gemauert worden? Zeuge Ja. Der Zeuge Kemper gibt jedoch die von ihm festgestellten Temperaturverhältnisse an. Kemper wird angeordnet haben, daß bei Frost unter 3 Grad nicht gemauert werden dürfe. Am 17. Dezember ist das Mauerwerk fertiggestellt worden. Angef. Martini: Ich behaupte, daß mir auf ganz richtiges Mauerwerk die Binder setzten mußten. Nach dem 17. Dezember setzte eine längere starke Frostperiode ein. Die Zeugenvernehmung ist nunmehr beendet und es wird auf die Gattungen eingegangen. Der Staatsanwalt fragt, ob Martini seine Behauptung, der Einzug sei durch Böswilligkeit oder durch ein Erbeben erfolgt, noch aufrechter erhalte. Bert. A. H. Dr. Werthauer: Wir seien die einzige

Ursache des Einsturzes

in der total fehlerhaften Konstruktion. Martini hält seine Erdbebentheorie aufrecht, er will beweisen, daß an dem betreffenden Tage starke seismische Bewegungen stattgefunden haben und hätte mit der Ladung des Kriechboogens Dr. a. b. Barne (Breslau), des Leiters des dortigen Seismologischen Instituts. Trotz des Widerspruches des Sachverständigen, glaubt der Gerichtshof diesem Antrage stattgeben zu müssen. Hierauf werden die Verhandlungen vertagt.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Földow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruhat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.

— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten —

— einschließlich Unterhaltungsblatt.

Veranstaltung für Möbeltransport und Lagerung
Hilmar Kaufmann, Klosterstraße 4 und 5 Fernruf 432.

Neuheiten in Damenkonfektion.

Mäntel, Jacketts, Kostüme, Kleider, Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke.

Sehr billige Preise.

A. Huth & Co.

Gr. Steinstr. 86/87. Halle a. S. Marktplatz 21.

